

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 38  
Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 886846 ppbn d



## Inhalt

39. Jahrgang / 125

3. Juli 1984

Egon Lutz MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, erinnert an die jüngsten Arbeitsmarktzahlen: Nicht schöne Worte, Taten sind gefordert. Seite 1

Eckart Kuhlwein MdB, Obmann der SPD im Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft, erinnert an die Verabschiedung der bildungspolitischen Leitsätze der SPD vor 20 Jahren: Bildung als Bürgerrecht. Seite 3

Volker Neumann MdB fordert die Ächtung der Todesstrafe: Bundesregierung muß ihre Stimme erheben. Seite 5

Dr. Anke Martiny MdB, Obfrau der Arbeitsgruppe Verbraucherfragen in der SPD-Bundestagsfraktion, rät zur Skepsis gegenüber der Bestrahlung von Lebensmitteln: Keine Ausnahme genehmigung erteilen. Seite 6

Nicht schöne Worte, Taten sind gefordert!

Anmerkungen zu den Arbeitsmarktdaten des Monats Juni 1984

Von Egon Lutz MdB  
Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Im Januar 1984 war bei über 2,5 Millionen Arbeitslosen in unserem Land angeblich eine "Anfangsphase einer Erholung" auf dem Arbeitsmarkt zu beobachten.

Im Februar 1984 blieb die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl trotz aller angeblichen "Besserungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt" unverändert hoch auf Nachkriegs-Rekordniveau.

Im März 1984 stieg die saisonbereinigte Zahl trotz der sonst gerade im Frühjahr zu beobachtenden Entlastungstendenzen an. Die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit drückte sich dabei um eine Erklärung der Ursachen für den ausbleibenden Aufschwung am Arbeitsmarkt, sie sprach stattdessen vage von sogenannten Sondereinflüssen wie unter anderem einem "atypischen Witterungsverlauf".

Im April 1984 gab es wiederum den von Arbeitsmarktexperten aufgrund der Politik dieser Bundesregierung lange zuvor bereits befürchteten Anstieg der saisonbereinigten Zahlen, im Mai 1984 desgleichen.

So kann es denn auch nicht verwundern, daß die heutigen Arbeitsmarktzahlen für den Monat Juni 1984 einen weiteren saisonbereinigten Zuwachs eingestehen müssen. In der regierungsamtlichen Propaganda, die nun auch in diesem Monat wieder vor dem Problem des "Wie-sag-ich's-meinem Wähler?" steht, hat das Wetter beziehungsweise die Witterung dabei als Buhmann für die katastrophale Entwicklung ausgedient. In diesem Monat muß der Arbeitskampf in der Druck- und der Metallindustrie herhalten als Ausrede für die miese Bilanz dieser Regierung: der Arbeitskampf habe zu vorsichtigeren Personaldispositionen geführt, so daß es bei der Kräfte nachfrage einen Einschnitt gegeben habe.

Verlag:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 1

Heruntergeladen von  
www.kultur.de  
Kultur.de



Aber Präsident Franke läßt auch die folgende denkwürdige Passage per Pressemitteilung verbreiten: "Insgesamt hat sich die Lage im zweiten Quartal eher etwas verschlechtert. Zur Zeit kann nicht beurteilt werden, ob dafür vorübergehende Einflüsse bestimmend sind, oder ob die Tendenz ungünstiger wird."

Richtiger müßte es wohl heißen: Man kann zwar beurteilen, daß das Märchen von der Besserung auf dem Arbeitsmarkt immer unglaubwürdiger wird, nur zugeben will man es nicht. Wann aber gesteht die Bundesregierung ihr Scheitern endlich ein? Sie war es, die durch ihre Tunix-Politik dieses unverändert große Arbeitslosenheer in Kauf genommen hat. Im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung aus dem Februar des Jahres wurde noch eine Arbeitslosenzahl von 2,2 Millionen im Jahresdurchschnitt 1984 prognostiziert. Nach den heutigen Nürnberger Zahlen belief sich die Zahl der Arbeitslosen bereits im ersten Halbjahr auf durchschnittlich 2,35 Millionen!

Im Juni 1984 waren 2.112.600 Bundesbürger ohne Arbeit, das sind nicht saisonbereinigt 20.600 weniger als im Mai. Die Arbeitslosenquote belief sich auf 8,5 Prozent (Mai: 8,6 Prozent). Der Zugang an Arbeitslosen betrug im Juni 231.000, wobei im Vergleich zum Vorjahr bei allen Personengruppen eine geringfügige Abnahme zu beobachten war.

Die Arbeitsämter verbuchten einen Zugang an 111.000 offenen Stellen, das sind fünf Prozent weniger als in der gleichen Vorjahreszeit, während der Zugang in den zurückliegenden Monaten des Jahres 1984 noch jeweils über dem Vorjahresstand gelegen hatte. Es konnten 141.400 Arbeitssuchende vermittelt werden, ebenso wie vor einem Jahr. In den ersten fünf Monaten 1984 war das Vermittlungsergebnis von 1983 noch um 18 Prozent übertroffen worden. 116.200 Arbeitnehmer konnten durch die Aufnahme einer Arbeit ihre Arbeitslosigkeit im Juni 1984 beenden, das waren 17 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Der Bestand an offenen Stellen erhöhte sich um 2.800 auf 99.300. 9.100 Arbeitslose wurden neu in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vermittelt, womit die Zahl der in ABM beschäftigten Arbeitnehmer auf 78.800 zunahm und den Vorjahresstand um 28.700 oder 57 Prozent übertraf.

Die Zahl der Kurzarbeiter verringerte sich im Juni vor allem aufgrund der Entwicklung im Bergbau, bei dem im zurückliegenden Monat für wesentlich weniger Arbeitnehmer die Arbeit ausfiel; den Vorjahresstand unterschritt die Kurzarbeiterzahl im



Juni um 156.700 oder 32 Prozent. "Arbeitskampfbereinigt" lag sie nach Mitteilung der Bundesanstalt für Arbeit um 191.700 oder 39 Prozent niedriger als vor einem Jahr.

Bei den Arbeitsämtern gingen im Juni 1984 für insgesamt 250.500 Arbeitnehmer Anzeigen über geplante Kurzarbeit ein, das sind 72.800 oder 23 Prozent weniger als im Mai 1984, aber 147.700 oder 144 Prozent mehr als im Juni 1983. Von dieser Zahl waren 97.400 Arbeitnehmer unmittelbar vom Arbeitskampf und 34.400 mittelbar Betroffene. Ganz offensichtlich aber planten viele Firmen auch unabhängig von den Tarifauseinandersetzungen der zurückliegenden Wochen in größerem Umfang Kurzarbeit als im Vorjahr. Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren nahm um 4.400 oder drei Prozent zu, die der arbeitslosen 59jährigen und Älteren stieg um 3.100 oder gleichfalls drei Prozent.

Es bleibt nach all dem zu hoffen, daß die Bundesregierung nun endlich die Gelegenheit nutzen wird, die von der SPD-Bundestagsfraktion seit langem immer wieder nachdrücklich geforderten beschäftigungspolitischen Initiativen in Angriff zu nehmen. Allein die drohende Entwicklung bei der Jugendarbeitslosigkeit erfordert hier den geballten Einsatz aller - anstelle schöner Worte und weiterer Lehrstellen- oder Arbeitsplatzgarantien.

Der Wechsel auf dem Stuhl des Bundeswirtschaftsministers bietet hier vielleicht eine Chance, sollte der "Neue" nicht so doktrinär verhärtet sein wie sein Amtsvorgänger. Ein Stop der schönen Reden und immer neuer Entschuldigungen, warum es auch in diesem Monat wieder nicht mit dem Aufschwung am Arbeitsmarkt geklappt hat! Taten sind gefordert!

(-/3.7.1984/ks/rs)

+ + +



### Bildung als Bürgerrecht

-----

Die vor 20 Jahren beschlossenen Bildungspolitischen Leitsätze der SPD sind als Instrument gegen die Wende nutzbar

Von Eckart Kuhlwein MdB

Obmann der SPD im Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft

Es ist eines besonderen Ereignisses zu gedenken: Vor 20 Jahren, Anfang Juli 1964, beschloss der Parteivorstand, Parteirat und Kontrollkommission in Berlin die Bildungspolitischen Leitsätze der Partei, die dann vom Parteitag im November 1964 in Karlsruhe bestätigt wurden. Mit diesen Leitsätzen legte die SPD erstmalig ein umfassendes bildungspolitisches Programm vor, weniger eine Bestandsaufnahme der Bildungspolitik als eine programatische zukunftsweisende Erklärung.

Die Leitsätze wurden in einer Zeit geschrieben, in der, wie im Vorwort zu Recht festgestellt wird, die Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft durch den großen Rückstand im Erziehungs- und Bildungswesen der Bundesrepublik alarmiert waren. Insbesondere die CDU-geführten Bundesregierungen hatten die Bildungspolitik nicht einmal als Aufgabe entdeckt und standen nun ratlos vor dem Problem, wie Wirtschaft und Gesellschaft weiterentwickelt werden sollten ohne die ausreichende Zahl an ausgebildeten Fachkräften und mit einem dreigliedrigen Schulsystem, das in seinen Strukturen unverändert aus der alten Klassengesellschaft stammte.

"Bildung als Bürgerrecht" galt als nahezu revolutionäre Forderung, von Durchlässigkeit des Bildungssystems konnte nicht die Rede sein, nur circa sechs Prozent eines Altersjahrgangs besuchten eine Hochschule, unter den Hochschülern waren Arbeiterkinder geradezu exotische Ausnahmen. In dieser Situation erklärte die SPD: "Die sozialdemokratische Partei Deutschlands sieht in der Bildungspolitik die wichtigste Gemeinschaftsaufgabe unseres Volkes." Und sie erkannte: "Heute hängt das soziale und wirtschaftliche Schicksal des einzelnen und der Gemeinschaft von Erziehung und Ausbildung ab." Als Erziehungsziel wurde der mündige Bürger gefordert, "der sein eigenes Leben selbstbewußt führt und sich in mitbürgerlicher Verantwortung im öffentlichen Leben bewährt. Nur er sichert auf Dauer Bestand und Lebendigkeit unserer Demokratie." Die Bildungspolitik insgesamt wurde als "die große Anstrengung unseres Gemeinwesens für eine menschenwürdige Gesellschaft" gesehen.

Die Bildungspolitischen Leitsätze gehen aber über solche allgemeinen Erklärungen weit hinaus, sie sind ein alle Bildungsbereiche umfassendes ausführliches Programm zur Entwicklung - von Weiterentwicklung konnte angesichts der desolaten Lage kaum die Rede sein - des gesamten Bildungswesens. Aus heutiger Sicht fällt zweierlei auf: Zum einen sind die Leitsätze nicht "Schnee von Gestern", sondern noch heute eine durchaus beachtliche Grundlage sozialdemokratischer Orientierung und praktischer Arbeit im Bildungswesen, zum anderen sind eine Fülle der damaligen Forderungen eingelöst worden und bestimmen heute unser Bildungswesen.



Vor dem Hintergrund konservativer Kritik, die bei Verabschiedung der Bildungspolitischen Leitsätze die Leitsätze in den Bereich "Utopia" verwies, können die Sozialdemokraten stolz sein, daß sie damals ein Programm konzipiert haben, dessen Forderungen keine frommen Sprüche blieben, sondern im erstaunlichen Maße die praktische Politik nicht nur der Sozialdemokratischen Partei, sondern aller, die sich an die mühevollen Aufgabe gemacht haben, das Bildungswesen der Bundesrepublik den Ansprüchen eines demokratischen und Sozialstaates gemäß zu gestalten, beeinflußt haben. Das gilt insbesondere für den Abbau der Klassenschranken, die das traditionelle Bildungswesen prägten und an deren Stelle eine bis dahin unbekannte Öffnung und Durchlässigkeit des Bildungswesens trat. In keinem Lebensalter sollten Bildungswege verschlossen sein, materielle Schranken sollten keine unüberwindbaren Barrieren für Bildungs- und Ausbildungswünsche sein.

Ein besonderes Verdienst der Leitsätze war es, die berufliche Bildung aus ihrer Randexistenz herauszuholen und sie als öffentliche Aufgabe zu definieren, die gegenüber dem "Königsweg" der normalen Schulbildung mit Abitur und Hochschulstudium nicht mehr in eine Sackgasse führt, sondern die berufliche Bildung mit der allgemeinen Bildung und mit der Hochschule verknüpft.

Weite Teile der Bildungspolitischen Leitsätze sind bildungspolitische und gesellschaftliche Wirklichkeit geworden. Es gibt aber auch weitsichtige Forderungen, die nach wie vor der Verwirklichung harren: so der Ausbau der Erwachsenenbildung und eine angemessene Weiterbildung. Deshalb erheischt die Lektüre der Leitsätze nicht nur historisches Interesse.

Doch noch aus einem anderen Grunde haben die Leitsätze erneut eine überraschend aktuelle Bedeutung erhalten: Die Rechtskoalition ist nach der Wende sehr kräftig dabei, durch Entscheidungen oder Unterlassung den erreichten Stand unseres Bildungswesens zu gefährden und es in die Provinzialität der 50er und Anfang 60er Jahre zurückzuführen. Die Bildungschancen der jungen Generation wurden durch die weitgehende Streichung des Schüler-BAföG und die Umstellung der Studentenförderung auf Vollkredit erheblich beeinträchtigt, die berufliche Bildung wird weiterhin den "Selbstheilungskräften der Wirtschaft" überlassen; der mühsam erreichte Kompromiß im Hochschulrahmengesetz ist aufgekündigt worden; die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses wurde ohne Not mit bisher nicht abschätzbaren Folgen an die Länder übergeben; aus dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, das ein schlagkräftiges Instrument gesamtstaatlicher Bildungsplanung und Bildungspolitik geworden war, wurde in kurzer Zeit ein Semantik-Ministerium für Wende-Ideologie gemacht. Wir alle tragen die schlimmen Folgen. (-/3.7.1984/ks/rs)

+ + +



Die Todesstrafe ächten

Die Bundesregierung muß gerade angesichts der zunehmenden Hinrichtungen  
ihre Stimme erheben

Von Volker Neumann MdB

Er wurde nur in einigen wenigen Zeitungen am Rande erwähnt, niemanden hat er so recht aufhorchen lassen: Der Bericht der Menschenrechtsorganisation Amnesty International (ai) über die Zahl der Hinrichtungen im Jahre 1983. 1.699 Hinrichtungen sollen es gewesen sein, so die offizielle Zahl. Doch wie es unter dem Mantel des Schweigens vieler Regierungen über die Vollstreckung von Todesurteilen aussieht, das wagt kaum einer zu ahnen.

Nach offizieller Darstellung von ai wurden also 1.699 Personen getötet, in 39 verschiedenen Ländern. In diesem Jahr wurden außerdem mindestens 1.160 Personen in 63 verschiedenen Ländern zum Tode verurteilt. Auch hier ist die Dunkelziffer kaum schätzbar, da viele Regierungen gefällte Todesurteile und Exekutionen nicht bekanntgeben. Kein Zweifel, die Todesstrafe ist im Vormarsch und zwar auf breiter Front.

Soviel ist sicher: Allein 399 Gefangene wurden im Iran hingerichtet, die Exekutionswelle in China forderte 700 Tote, 300 waren es im Irak. Amnesty International ist jedoch sicher, daß eine realistische Zahl in die tausende gehen müßte.

Auch in den USA sitzen 1.300 Menschen in den Todeszellen und nachdem der Supreme Court der USA die juristischen Hindernisse heruntergesetzt hat, wächst die Zahl der Vollstreckungen ständig.

Viele der Hingerichteten in der Welt wurden gefoltert und ohne faire Prozeßführung verurteilt. Sie hatten keine Chance, ihrem Schicksal zu entgehen.

Der Ächtung der Todesstrafe und der Folter muß immer wieder neu Gewicht verliehen werden. Es müssen weiter Stimmen laut und vernehmlich die Abschaffung fordern. Die Situation darf für uns keine "normale" werden.

Die Bundesregierung muß als Mitunterzeichnerin des von der Vollversammlung der Vereinten Nationen verfaßten Protokolls zur Abschaffung der Todesstrafe ihrem Standpunkt Nachdruck zu verleihen. Dies gilt gegenüber allen Ländern, die die Todesstrafe aussprechen. Dies gilt also auch für die USA. (-/3.7.1984/ks/rs)

+ + +



Skepsis gegenüber Lebensmittelbestrahlung

Dieses Konservierungsmittel darf nicht ohne Not eingeführt werden

Von Dr. Anke Martiny MdB

Obfrau der Arbeitsgruppe Verbraucherfragen in der SPD-Bundestagsfraktion

Viele Verbraucher, die im Lebensmittelgeschäft nach Gewürzen, nach Fertig-Lebensmitteln, auch nach tiefgefrorenen Hähnchen, greifen, wissen nicht, daß sie zu Lebensmitteln greifen, die entkeimt wurden, beziehungsweise deren Salmonellengefahr herabgesetzt wurde. Bisher begast man Lebensmittel mit Äthylenoxyd. Inzwischen steht fest, daß dieses Mittel krebserregend ist. Man sucht also nach einer Alternative: Denn viele Gewürze sind stark verkeimt. Eine Behandlung ist somit unbedingt notwendig.

Seit einiger Zeit wird von Fachleuten hier die Haltbarmachung durch radioaktive Bestrahlung als Alternative angesehen. Die Bestrahlung wird zum Beispiel eingesetzt, um das Auskeimen von Kartoffeln, Zwiebeln oder Knoblauch zu verhindern (mancher Verbraucher hat sich schon gefragt, wie es kommt, daß diese Lebensmittel nicht mehr keimen), um bei Obst den Reifeprozess und damit den Verderb zu verzögern, um Salmonellen - vor allem in Geflügel - abzutöten und um Gewürze keimfrei zu machen.

In einigen Ländern Europas werden bestimmte Lebensmittel bereits bestrahlt, so in Belgien und den Niederlanden, aber auch in Frankreich, Italien, Spanien, Dänemark und Norwegen.

Bei Lebensmitteln aus diesen Ländern muß der Verbraucher also bereits jetzt damit rechnen, daß die Nahrungsmittel radioaktiv bestrahlt wurden.

In der Bundesrepublik ist dieses Verfahren bisher grundsätzlich verboten. Dem Bundesgesundheitsminister liegen mehrere Anträge vor, zur Entkeimung von Gewürzen die Bestrahlung zuzulassen.

Die Firma Gammasteer in Allershausen führt solche Lebensmittelbestrahlungen bereits durch.



Die Verbraucherzentrale Bayerns hat das Pro und Kontra der Lebensmittelbestrahlung jetzt zusammengefaßt:

Die Strahlen dringen tief in das Lebensmittel ein und zerstören unter anderem Mikroorganismen. Man weiß heute, daß die Strahlungsenergie Lebensmittel verändern kann, zum Beispiel Farbe, Geschmack und Geruch. Pfirsiche färben sich übertrieben rot, Gurken werden unnatürlich gelb. Vitaminverluste treten auf. Fette, Kohlenhydrate und Eiweiße verändern sich ebenfalls.

Über die daraus entstehende Gesundheitsgefährdung sind sich die Wissenschaftler nicht einig. Kritiker weisen insbesondere darauf hin, daß in Lebensmitteln durch die hohe Energie Wasserstoffperoxyd entsteht. Dieses sei bis auf wenige Ausnahmen als Zusatzstoff verboten, da erbgutverändernde Wirkungen beobachtet wurden.

Die Verbraucherzentrale kommt zu dem Schluß, daß so lange eine Zulassung der Bestrahlung von Lebensmitteln in der Bundesrepublik nicht genehmigt werden solle, als noch irgendein Zweifel an der Unbedenklichkeit bestehe. Erstens seien es bei den Gewürzen nur wenige - etwa ein Fünftel - die entkeimt werden müssen. Zweitens, was gerade bei Geflügel zunehmend häufige Salmonelleninfektion betreffe, müsse man die Ursachen bekämpfen zum Beispiel durch bessere hygienische Bedingungen bei der Verarbeitung von Hähnchen, reinere Futtermittel und Änderungen bei der Massentierhaltung.

Die vielen Fragen, die eine Lebensmittelbestrahlung aufwerfen, sind heute nicht klar zu beantworten. Grund genug, an diese Konservierungsmethode mit großer Skepsis heranzugehen.

Der Vorsicht der Verbraucherzentralen ist jedenfalls Recht zu geben. Als erster Schritt muß bei bestrahlten Lebensmitteln eine Kennzeichnungspflicht eingeführt werden.

Minister Geißler ist aufgefordert, keine Ausnahmegenehmigungen vom Verbot zur Bestrahlung zu erteilen. Ohne Not muß dieses Konservierungsverfahren nicht eingeführt werden.

(-/3.7.1984/ks/rs)

+ + +

